

# Runder Tisch Integration der Stadt Peine

Wie wollen wir den gesamtgesellschaftlichen  
Zusammenhalt sichern?

---

## Impressum

Herausgeberin: Stadt Peine  
Beauftragte für Gleichstellung, Familie  
und Integration, Banafsheh Nourkhiz  
Kantstr. 5, D-31224 Peine  
Internet:  
<http://www.peine01.de>

März 2018

© Copyright 2018 – Urheberrechtshinweis:

Alle Inhalte dieses Werkes, insbesondere Texte, Fotografien und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte einschließlich der Vervielfältigung, Veröffentlichung, Bearbeitung und Übersetzung, bleiben vorbehalten.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	3
Vorwort .....	4
Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Peine, Klaus Saemann .....	6
Einführung und Präsentation der strategischen Ziele durch die Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine, Banafsheh Nourkhiz .....	8
Workshop 1: „Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und Demokratiebildung“	16
Workshop 2: „Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe“ .....	21
Workshop 3: „Stärkung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ .....	26
Vorstellung der Ergebnisse aus den Workshops und Diskussion mit allen Beteiligten .....	30
Schlusswort der Beauftragten für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine ...	38
Anlage 1: Einladung .....	39
Anlage 2: Programm .....	40

## Vorwort

Migration und Integration stellen jede Gesellschaft vor neue Aufgaben, Herausforderungen und gleichzeitig Chancen und Möglichkeiten. Die letzten Jahre waren auch in Deutschland durch diese Herausforderungen geprägt. Nicht zuletzt mit der Zuwanderung von Flüchtlingen seit dem Frühjahr 2015 hat das Thema Integration als eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe in allen Handlungsfeldern eine neue Dimension und Dringlichkeit bekommen. Zuwanderung und Integration wurden in den politischen Debatten kontroverser denn je diskutiert und führten zu einem neuen politischen Diskurs. Zu diesem Diskurs gehörten auch die Auseinandersetzungen über die Bedeutung und Kriterien unserer Wertegemeinschaft für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dadurch rückten die praktische Umsetzung des Grundgesetzes und die Verbindlichkeit der darin verankerten Werte stärker in den Fokus.

Die aufgrund der neuen Entwicklungen entflammten Debatten machten die unterschiedlichsten Wahrnehmungen und Auffassungen unseres Demokratieverständnisses deutlich und stellten dieses auf den Prüfstand.

Die Kommunen und die gesamten staatlichen Institutionen wurden mit neuen Aufgaben konfrontiert. Auf Seiten der Zivilgesellschaft war ebenso eine große Bereitschaft und starkes Engagement für die Flüchtlinge zu beobachten. Auch die Handlungsfelder der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe haben sich insgesamt durch den Zuzug der verschiedenen ethnischen Gruppen verändert und ausgeweitet.

Die Veränderung der Stadtgesellschaft und die neuen Herausforderungen betreffen alle Lebensbereiche wie Kindergarten, Schule, den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt bzw. das gesamte öffentliche Leben.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern, sollen zum einen die Teilhabemöglichkeiten der länger hier lebenden Zugewanderten gestärkt und dieser Prozess beschleunigt werden, zum anderen müssen gezielte Maßnahmen für Integration der Neueingewanderten realisiert und darüber hinaus das gesamtgesellschaftliche Leben weiterentwickelt werden.

Da die staatlichen Institutionen wie Schulen, Kitas, Arbeitsagentur/JobCenter etc., am stärksten von den Veränderungen betroffen und in diesen Prozess involviert sind, war es wichtig, uns in einem ersten Schritt mit diesen Institutionen und darüber hinaus Vertretern/innen aus Politik, Kultur und Teilen des Ehrenamts in kleineren Gruppen intensiver mit der Situation auseinander zu setzen.

Aus diesem Grund haben der Bürgermeister der Stadt Peine, Klaus Saemann, und die Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration, Banafsheh Nourkhiz, am 17. August 2017 gemeinsam zu der Tagung „Runder Tisch Integration der Stadt Peine“ ins Peiner Forum eingeladen.

Die Ausgangsfrage der Tagung war „Wie wollen wir den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt sichern?“ In einem ersten Schritt sollten die bereits vorhandenen Aktivitäten in den unterschiedlichen Bereichen wie Bildung sowie Demokratie- und politische Bildung, Qualifizierung, Kultur, Sport usw. festgestellt, Möglichkeiten und Defizite identifiziert werden und die vorhandenen Potentiale durch eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit effizienter genutzt und weiterentwickelt werden.

Dazu setzten sich die 55 geladenen Gäste an diesem Runden Tisch in drei Workshops intensiv mit unseren strategischen Zielen „Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und Demokratiebildung“, „Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe“ und „Stärkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau“ auseinander. So konnte Transparenz über die aktuelle Situation hergestellt werden, Bedarfe, zu denen es aktuell keine Angebote gibt, aufgedeckt und Strategien zur Schließung dieser Lücken gemeinsam diskutiert werden.

Nicht zuletzt durch die Vorstellung der Ergebnisse und weitere Diskussion im Plenum war festzustellen, dass wir durch diese Tagung unsere ersten Ziele, Verbindlichkeit herzustellen, Perspektiven zu eröffnen und die Vernetzung und den Dialog zwischen den Institutionen zu fördern, erreicht haben.

Mit dieser Dokumentation liegen nun die Ergebnisse der Tagung vor. Auf Grundlage dieser Dokumentation, der Auswertung der Ergebnisse und darüber hinaus der Erfahrungswerte des „Interkulturellen Familien Netzwerks Stadt Peine“ sowie der Resultate unserer Zusammenarbeit mit den Bildungsinstitutionen und der Politik in der „Arbeitsgruppe Politik – Familiennetzwerk der Stadt Peine“ erarbeiten wir anschließend ein Konzept und Wegweiser zur Gestaltung einer heterogenen Gesellschaft in der Stadt Peine. Dieses Konzept wird dann als Grundlage für unsere weitere Zusammenarbeit dienen.

Peine, März 2018



Banafsheh Nourkhiz

Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine

## Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Peine, Klaus Saemann

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen der Stadt Peine und insbesondere auch im Namen meiner Kollegin und unserer Integrationsbeauftragten, Frau Nourkhiz, ganz herzlich zu unserer Veranstaltung zum „Runden Tisch Integration“ mit dem nachfolgenden thematischen Leitsatz:

*Gestaltung des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in der Stadt Peine mit Beteiligung der Stadtgesellschaft*

begrüßen.

Wie versprochen halten wir Wort und haben Sie zum Dialog und zum Workshop am heutigen Tage eingeladen, um gemeinsam mit Ihnen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ziele gesellschaftliche Handlungsfelder der Integration zu entwickeln.

Die Zuwanderung und der Zuzug von Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren war auch für uns in Peine eine große Herausforderung. Zunächst sollte ganz schnell die Unterbringung und Versorgung sichergestellt werden und die ersten Schritte für ein gutes Ankommen dieser neuen Gruppe erfolgen. Zu der Bewältigung dieser Herausforderungen hat jede Einrichtung, die heute hier anwesend ist, Wesentliches beigetragen.

Nach der ersten Unterbringungs- und Versorgungsphase hatte die Stadt Peine so schnell wie möglich vor allem die Familien dezentral in Wohnungen untergebracht. Nach unserem heutigen Stand sind die meisten neu Angekommenen mit guter Bleibeperspektive dezentral in Wohnungen im ganzen Stadtgebiet Peine untergebracht worden. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, für eine langfristige und perspektivreiche Integration dieser neuen Zugewanderten zu sorgen.

In der Stadt Peine leben, nach unserer statistischen Auswertung von März 2015, Menschen aus insgesamt 110 verschiedenen Nationen. Der Anteil der Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung lag zu diesem Zeitpunkt im Stadtgebiet bei 21,5%. Allein in der Kernstadt lag dieser Anteil bei über 30% und in der Südstadt bei fast 40%, mit überwiegend türkisch- und arabischstämmigen Bevölkerungsgruppen.

Durch Zuwanderung und Zuzug von Flüchtlingen in den letzten zwei Jahren sind diese Zahlen, insbesondere in der Südstadt, weiter gestiegen.

Die Entwicklungen in den letzten Jahren betreffen nicht nur den Anteil der Migrationsgesellschaft an der Gesamtbevölkerung, sondern auch die Zusammensetzung der ethnischen Bevölkerungsgruppen und damit die Gestaltung des Zusammenlebens.

Mit diesen Veränderungen sind weitere Anforderungen an die Stadt Peine und die Stadtgesellschaft herangetragen worden. Während die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten der hier länger ansässigen Zugewanderten für uns nach wie vor eine wichtige Aufgabe darstellt, kommt nun die Realisierung gezielter Maßnahmen für eine langfristige Integration der Neueingewanderten hinzu. Darüber hinaus spielt die Weiterentwicklung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens in unserer Arbeit eine zentrale Rolle.

Mit Ihnen gemeinsam wollen wir diese Herausforderungen annehmen und unsere Handlungsmöglichkeiten weiterentwickeln. Um unsere Arbeit besser gestalten zu können, halte ich es für dringend notwendig, abgestimmter als bisher vorzugehen.

Bei unserem heutigen „Runden Tisch“ wollen wir uns einen Überblick verschaffen, was alles bereits getan und erreicht wurde, wo die Möglichkeiten und Schwierigkeiten liegen und in welchen Bereichen neue Angebote geschaffen werden sollen, damit wir in Zukunft vernetzter und effizienter handeln können.

Ich bedanke mich daher bei Ihnen allen für die Bereitschaft, an dieser Aufgabe mitzuwirken und gebe nun das Wort an unsere Fachfrau Frau Nourkhiz, die Sie weiter durch die Veranstaltung führen wird. **Vielen Dank!**



*Bürgermeister Klaus Saemann bei der Begrüßung*

## Einführung und Präsentation der strategischen Ziele durch die Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine, Banafsheh Nourkhiz

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer heutigen Auftaktveranstaltung. Ich freue mich, dass Sie da sind.

Die Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft ist nicht allein die Aufgabe einer bestimmten Gruppe oder Institution. Diese Frage geht uns alle an.

Daher sind wir heute hier zusammen gekommen, um gemeinsam herauszufinden, was bereits dafür getan wurde und wie wir unsere Arbeit intensivieren und weiterentwickeln können, um als weltoffene und zukunftsfähige Gesellschaft zu bestehen und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und zu sichern.

### **Stärkung der Bürgerrechte - Einbindung in eine Wertegemeinschaft**

Die wichtigste reale Möglichkeit in dieser Frage liegt in der Verfassung. Das bedeutet, dass uns eine Einigung nur unter einem Dach der Verfassung mit allen dort verankerten Grundwerten gelingen kann.

Daher sind die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen in eine Wertegemeinschaft auf Grundlage des Grundgesetzes und die Stärkung der Bürgerrechte in diesem Kontext als strategische Ziele zu definieren.

Einen solchen Zusammenhalt der Gesellschaft können wir nur dann sichern, wenn Menschen, die hier leben, egal ob sie eingewandert sind oder nicht, sich mit der bestehenden demokratischen Gesellschaftsordnung identifizieren und sich mit Überzeugung dran halten.

Um dies zu erreichen, brauchen wir mehr Teilhabe der Menschen, die hier leben, an der politischen Kultur des Landes.

Das Erlernen der Sprache, klassische Bildung und Arbeit sind zwar wichtige Voraussetzungen und Indikatoren der Integration, sie können aber für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt nicht ausreichend sein. Dies beweisen die Menschen, die in Deutschland geboren sind, klassischer Bildung genossen haben, gute Berufe ausüben und trotzdem Diktatoren in aller Welt unterstützen und deren Ideologie in Deutschland verbreiten.

Tatsächliche Integration beginnt in den Köpfen. Daher müssen wir die Stärkung der Teilhabe an der politischen Kultur zu einer unserer zentralen Aufgaben machen.

Die besten Mittel und Instrumente, die uns dabei zur Verfügung stehen, sind die politische Bildung und Demokratiebildung.

Diese Mittel müssen wir in allen Handlungsfeldern, von der frühkindlichen Bildung bis hin zu den verschiedenen Bereichen der Erwachsenenbildung, zeitgemäß, gezielt und intensiv einsetzen.

Welche Möglichkeiten und Defizite in diesem Bereich bestehen und wie die politische Arbeit zeitgemäß weiterentwickelt und ausgebaut werden sollte, wollen wir in unserem ersten Workshop herausarbeiten.

## **Identitätsbildung und Identifikation mit Stadt und Gesellschaft**

Ein weiterer wichtiger Grundaspekt für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt ist **die Identifikation der Zugewanderten mit Stadt und Gesellschaft**.

Dieser Schwerpunkt ist hier als weiteres strategisches Ziel zu definieren.

Ohne der Frage der Identität und Identitätsbildung nachzugehen, können wir keine langfristige Integration in die Wege leiten. Identitätsbildung ist ein Prozess der menschlichen Entwicklung und gehört damit zum Wesen des Menschen.

Sich zugehörig fühlen, Vertrauen gewinnen, kulturelle Bindungen aufbauen sind wichtige Kriterien der Identitätsbildung.

Wenn diese Kriterien nicht oder nur schwach ausgeprägt sind und Menschen sich zu der Gesellschaft, in der sie leben, nicht zugehörig fühlen, suchen sie nach anderen Identifikationsmöglichkeiten. Sie identifizieren sich dann mit einer anderen Gesellschaft oder Gemeinschaft, um damit ihre Identität zu entwickeln und zu festigen.

Bestimmte Symbole oder Werte- und Moralvorstellungen, die von Menschen in dieser Gesellschaft als Symbole oder Wertevorstellungen einer anderen Gesellschaft verstanden werden, spielen hier eine zentrale Rolle.

Zum Beispiel wird durch das Tragen des Kopftuchs nicht zwangsläufig eine religiöse Zugehörigkeit ausgedrückt, sondern in vielen Fällen wird damit die Identifikation mit und die Zugehörigkeit zu einer anderen Gesellschaft demonstriert.

Unsere Gesellschaft hat viele Möglichkeiten, den Prozess der Identitätsbildung zu beeinflussen.

Die Chancengleichheit zur Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung, Politik, Kultur, Arbeit etc. und insbesondere die interkulturelle Öffnung der bestehenden Strukturen können die Identitätsbildung positiv beeinflussen, steuern und damit die Identifikation mit Stadt und Gesellschaft stärken, was letztendlich den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt sichert.

Daher beschäftigen wir uns heute in unserem zweiten Workshop mit diesem Thema und möchten herausarbeiten, welche Teilhabemöglichkeiten, Konzepte und Angebote bereits in Peine vorhanden sind und wie wir diese weiterentwickeln können.

## **Gleichberechtigung von Männern und Frauen**

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist ein weiteres strategisches Ziel, um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Uns allen ist bekannt, dass u.a. die Teilhabemöglichkeiten von Frauen an den meisten gesellschaftlichen Ressourcen geringer ausgeprägt sind, als die der Männer. Deshalb muss das Thema Gleichberechtigung in allen Handlungsfeldern als Querschnittsaufgabe berücksichtigt und mitgedacht werden.

Die gesellschaftlichen Veränderungen durch demographischen Wandel und Zuwanderung konfrontieren uns nun mit neuen Fragen und Aspekten der Gleichberechtigung. Es stellt sich z.B. die Frage, inwieweit die neuen Entwicklungen die Gleichberechtigung beeinträchtigen können und wie wir die Fortschritte in diesem Bereich bewahren, vorantreiben und weiterentwickeln können.

In Bezug auf neu eingewanderte Frauen ist es wichtig, ihnen bessere Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten zu ermöglichen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kinderbetreuung spielen für eine langfristige Integration dieser Frauen eine zentrale Rolle. Diese Themen wollen wir in unserem dritten Workshop aufgreifen.

## **Zielgruppen**

Zu unseren Zielgruppen gehören zum einen diejenigen, die neu in Peine angekommen sind bzw. die Flüchtlinge. Durch die ersten Maßnahmen, die wir als Basis für Integration verstehen, wie z.B. die ersten Sprachkurse, Willkommenskurse sowie erste Einführungen und Kennenlern-Angebote, kann die Verbindung mit der Peiner Gesellschaft ermöglicht und damit zunächst der Zusammenhalt in der Gesellschaft hergestellt werden.

Die zweite Zielgruppe bezieht sich auf die Zugewanderten, die schon länger hier leben mit geringer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Hier können wir durch gezielte Konzepte und Angebote die Beteiligungsmöglichkeiten dieser Gruppe ausbauen und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken.

Um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, sind wir aber alle gefragt, die Zugewanderten und die gesamte deutsche Mehrheitsgesellschaft. Nur wir alle gemeinsam, durch Einigung unter dem Dach der Verfassung, können den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.

## **Weiterer Ablauf der Veranstaltung**

Wir können jetzt mit der Arbeit in den Workshops beginnen.

Der Workshop 1 (Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und Demokratiebildung) wird von Frau Petra Gargiso moderiert und findet im ersten Stock im Seminarraum 4/5 statt.

Der Workshop 2 (Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe) wird moderiert von Frau Beate Seusing. Dieser findet hier im Saal statt.

Der Workshop 3 (Stärkung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen) wird moderiert von Frau Silke Tödter und findet im Raum nebenan auf dem Podium statt.

Die Gesamtmoderation nach den Workshops übernimmt Herr Prof. Dr. Wolfgang Reinbold. Prof. Reinbold ist Pastor und Vorsitzender des „Hauses der Religionen“ in Hannover. Ich bin sehr froh darüber, dass wir ihn für die Gesamtmoderation gewinnen konnten.

Wir gehen jetzt in die Workshops und werden uns anschließend um 19:15 Uhr wieder hier treffen, um die Ergebnisse aus den Workshops vorzustellen und mit allen Beteiligten zu diskutieren.

Vielen Dank!

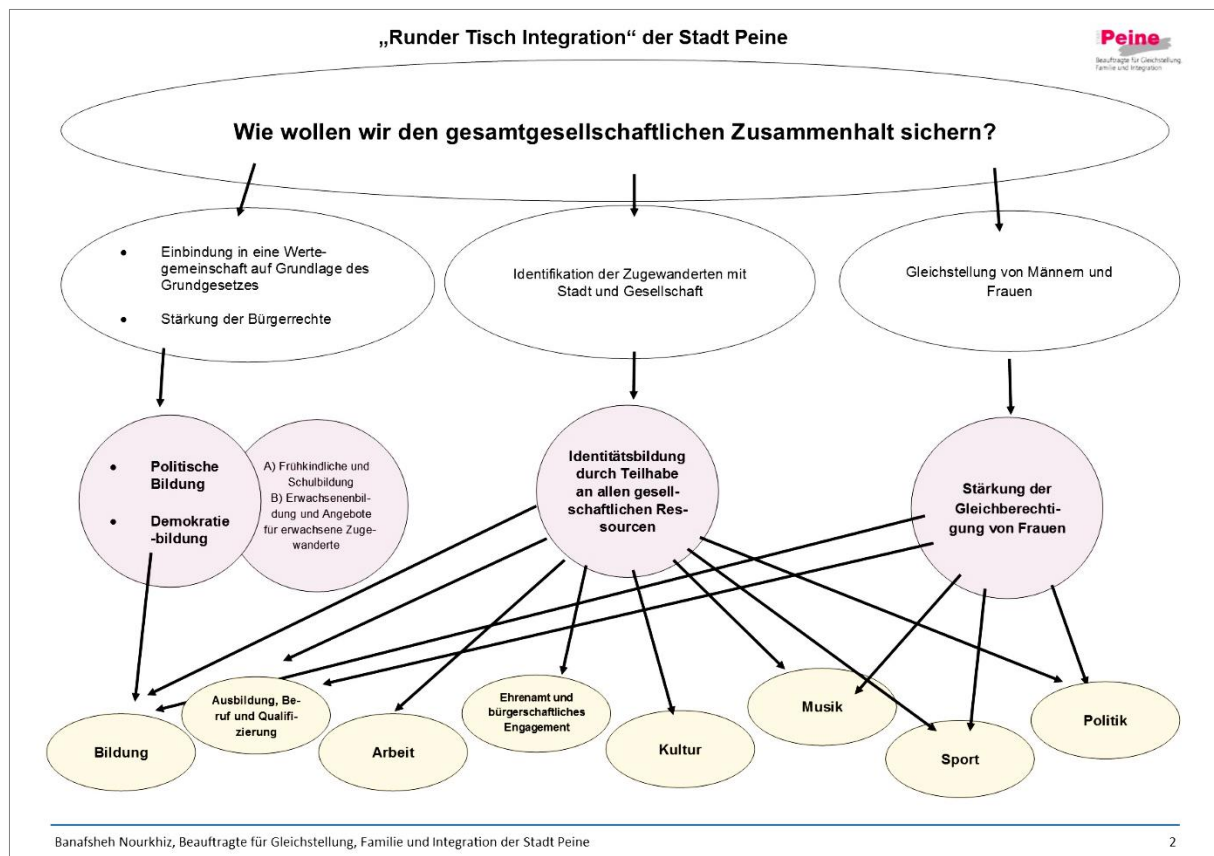


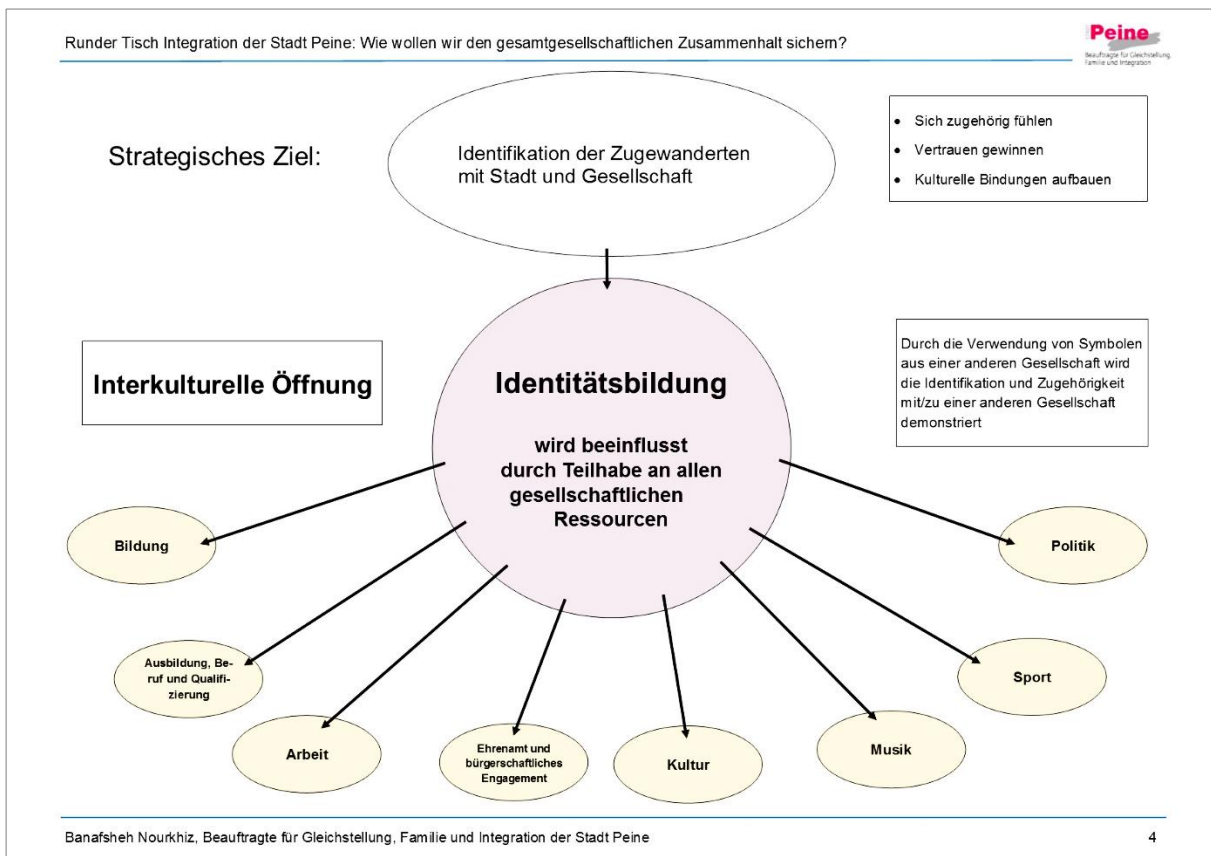
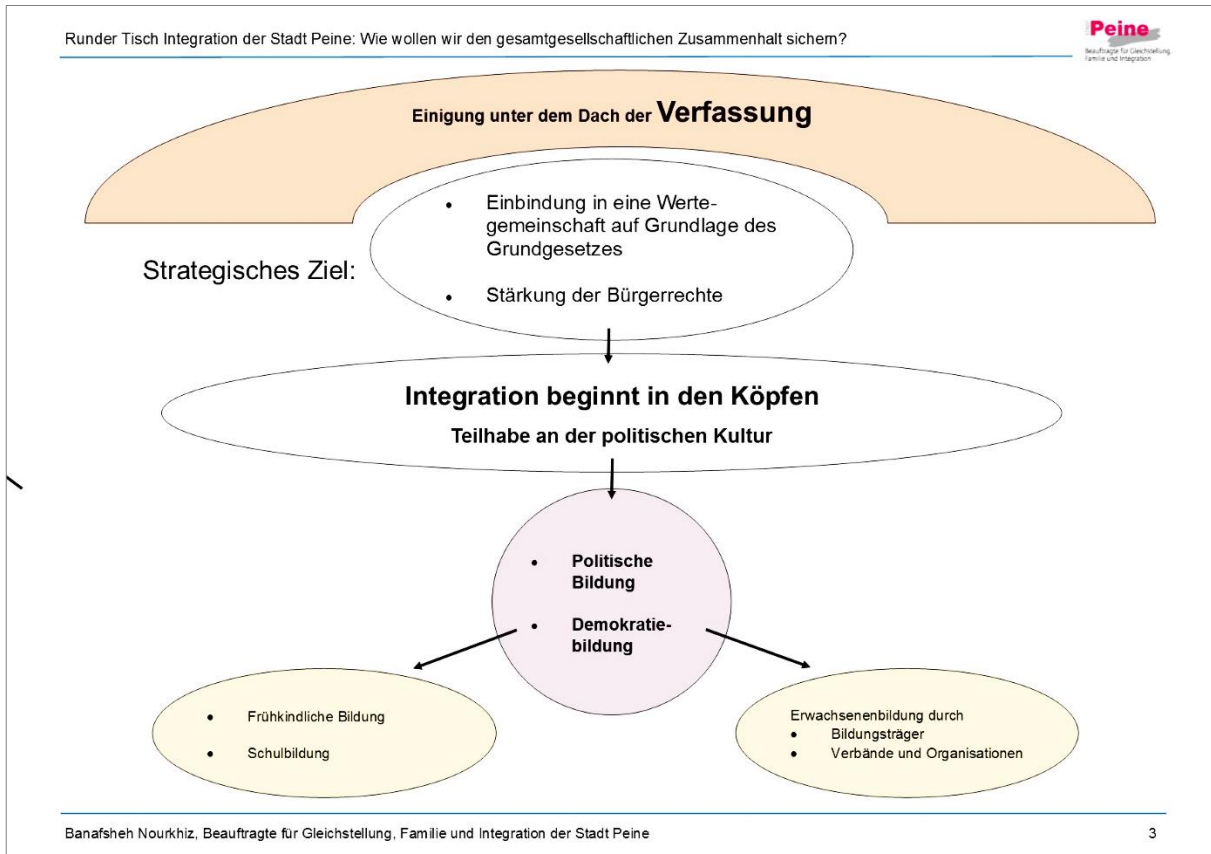
*Präsentation durch Banafsheh Nourkhiz, Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine*

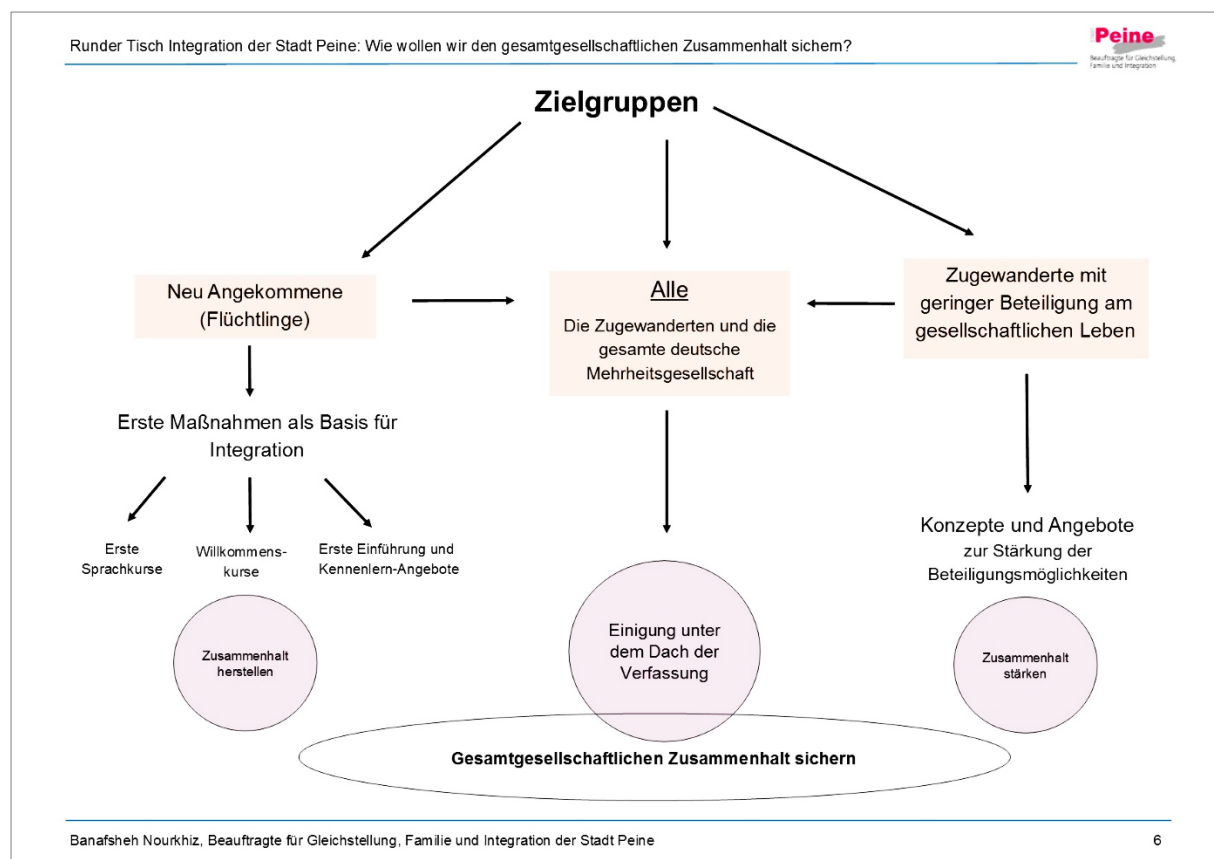
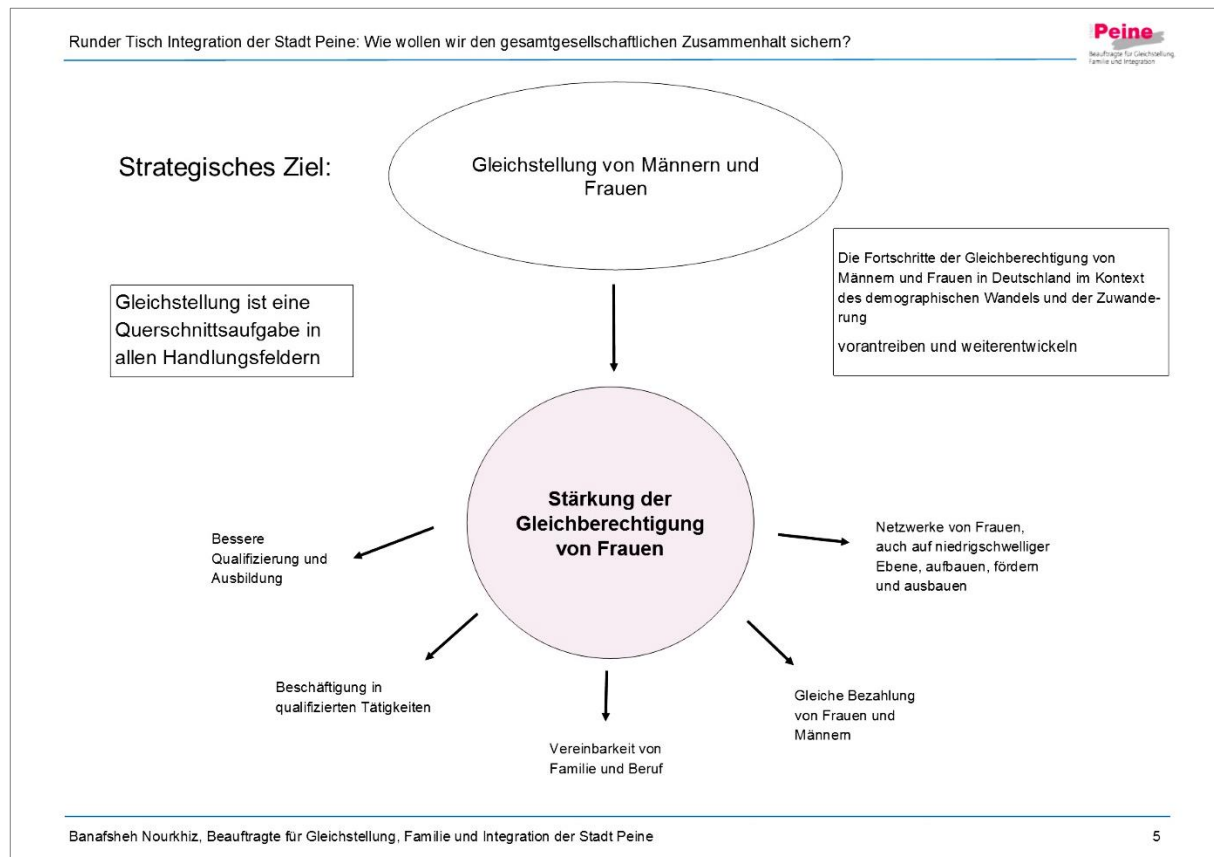
*Die praktische Umsetzbarkeit der in der Präsentation vorgestellten strategischen Ziele zur Sicherstellung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts wurde anschließend in den Workshops diskutiert.*

## Strategische Ziele:

- A.
  - Einbindung in eine Wertegemeinschaft auf Grundlage des Grundgesetzes
  - Stärkung der Bürgerrechte
  
- B.
  - Identifikation der Zugewanderten mit Stadt und Gesellschaft
  
- C.
  - Gleichstellung von Männern und Frauen







## Workshop 1: „Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und Demokratiebildung“

*Moderation: Petra Gargiso*

Teilgenommen haben überwiegend Vertreter/innen aus den Bereichen Bildung (frühkindliche und Schulbildung sowie Erwachsenenbildung) und Politik (Vorsitzende und Vertreter der Stadtratsfraktionen).

### **Einführung und Vorstellungsrunde**

Unter dem Gesichtspunkt des strategischen Ziels „Einbindung in eine Wertegemeinschaft auf Grundlage des Grundgesetzes und Stärkung der Bürgerrechte“, das sich sowohl an die Zugewanderten als auch an die gesamte deutsche Mehrheitsgesellschaft richtet, sollte in diesem Workshop herausgearbeitet werden, welche Angebote und Strukturen in der Stadt Peine zur Umsetzung dieses Ziels bereits vorhanden sind und welche fehlen. Ein Hauptaugenmerk lag hier auf Angeboten und Strukturen in den Bereichen politische Bildung und Demokratiebildung.

Bereits im Rahmen der Vorstellungsrunde und der sich direkt daraus ergebenden Diskussion stellte sich in Bezug auf die Neuzugewanderten sowie länger in Peine lebenden Migranten/innen mit geringen Sprachkenntnissen die mehrheitliche Meinung heraus, dass es für eine erfolgversprechende Durchführung von Angeboten zur politischen Bildung und Demokratiebildung hinsichtlich der Verständigung und der Sprache bestimmter Grundlagen und Voraussetzungen bedürfe. Die Beherrschung der deutschen Sprache spielt für die Teilhabemöglichkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine zentrale Rolle und ist die Grundvoraussetzung für die Verständigung und die Einbindung in eine Wertegemeinschaft.

Um Kinder und Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen einzubinden und dadurch auch die Eltern besser zu erreichen, sollte die Teilnahme an den verbindlichen Strukturen der Bildungsinstitutionen, wie Kindergarten und Schule, verpflichtend sein. Dies beinhaltet auch sämtliche Schulaktivitäten, z.B. Klassenfahrten sowie Schwimm- und Sexualkundeunterricht.

Die Erfüllung dieser Voraussetzungen erleichtert dann die Erreichbarkeit der unterschiedlichen Zielgruppen und dadurch die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten.

## **Spracherwerb von Neuzugewanderten**

Einheitliche Meinung herrschte in Bezug auf die Zusammenhänge von Sprachkenntnissen und Erreichbarkeit der Neueingewanderten sowie Zugewanderten mit geringen Sprachkenntnissen. So sei ein großer Teil dieser Gruppe aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht erreichbar. Nicht ausreichende Sprachfördermöglichkeiten wurden hier als Hauptgrund genannt.

In den Schulen müssten mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, z.B. für mehr Sprachlernklassen und mehr Deutschlehrer/innen.

Besonders jugendliche Geflüchtete, die in der 8.-10. Klasse in Deutschland an die Schule kommen „gingen verloren“, da sie es in der kurzen Zeit, die ihnen an der Schule bleibt, nicht schaffen könnten, die deutsche Sprache so gut zu lernen, dass sie damit einen Berufschulabschluss erreichen.

Vor diesem Hintergrund wünschten sich auch ältere Schüler/innen eine längere Lernzeit an der Schule, was seitens der Schule aufgrund der Gesetzeslage nicht ermöglicht werden kann. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag geäußert, für diese Kinder eine Mindestschulpflicht von fünf Jahren einzuführen.

Die **Auflösung von Einzugsgebieten** war ein weiteres Thema, um sowohl einzelne Einrichtungen zu entlasten, als auch die Sprachfördermöglichkeiten durch eine ausgeglichene Zusammensetzung von Kindern unterschiedlicher Herkunft in den einzelnen Einrichtungen zu gewährleisten.

## **Deutsch oder Mehrsprachigkeit im öffentlichen Raum**

Auseinander gingen die Meinungen der Teilnehmer/innen hinsichtlich der Frage, ob im öffentlichen Raum ausschließlich Deutsch gesprochen werden sollte bzw. in welchem Umfang dies zumindest wünschenswert wäre.

Eine geäußerte Meinung in diesem Zusammenhang war, dass Integration nicht den Verlust der eigenen Identität bedeuten sollte, es jedoch zu begrüßen sei, außerhalb des privaten Lebensbereichs in der Öffentlichkeit in der deutschen Sprache zu kommunizieren.

Da Deutsch auch Amtssprache ist, gäbe es darüber hinaus auch ganz praktische Gründe, die deutsche Sprache ausreichend zu verstehen und sprechen zu können.

Eine dazu gegenteilige Meinung wies darauf hin, dass Mehrsprachigkeit auch eine Leistung darstelle, die viele positive Aspekte und Potential beinhalte. Gegen die Verwendung mehrerer

Sprachen auch im Alltag und in der Öffentlichkeit sei vor diesem Hintergrund nichts einzuwenden.

### **Kindergartenpflicht und die Erreichbarkeit der Eltern**

Die Beteiligten aus den Bildungsinstitutionen stellten fest, dass es zwar grundsätzlich viele Angebote gebe, diese jedoch häufig nicht angenommen werden würden.

Während es beispielsweise in den Niederlanden und Frankreich eine **Kindergartenpflicht** gibt, weshalb die Eltern dort besser erreichbar seien, gebe es in Deutschland keine derartige Möglichkeit sicherzustellen, dass Angebote auch bei der Zielgruppe ankommen und angenommen werden. Die Erreichbarkeit der Eltern durch eine Kindergartenpflicht war ein wichtiges Argument in dieser Frage.

Nach den Erfahrungen der Teilnehmer/innen gebe es unter den länger hier lebenden Zugewanderten, im Gegensatz zu den Neueingewanderten, Familien, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken wollen. Das führe in einigen Fällen dazu, dass Kinder aus diesen Familien eingeschult werden, ohne die deutsche Sprache zu beherrschen.

Nach den Erfahrungswerten und der Auffassung der Vertretung einer Bildungsinstitution unterwandere diese Form der „Parallelgesellschaft“ die Demokratie und stelle nicht nur für die Schulen ein großes Problem dar. Wie solle man beispielsweise mit den Schüler/innen über die „Verfassung“ und „Bürgerrechte“ reden, wenn z.B. „Schlagen“ aufgrund der eigenen Erfahrung als eine normale Verhaltensweise angesehen werde?

Problematisch sei, besonders aus Sicht der Vertreter/innen der Bildungseinrichtungen, auch, dass Eltern - häufig unter Bezug auf religiöse Gründe - die Teilnahme ihrer Kinder an Klassenfahrten ablehnen, ärztliche Atteste zur Entschuldigung vom Schwimmunterricht beibringen oder die Kinder vom Sexualkundeunterricht abmelden wollen.

Unter dem Aspekt der politischen Teilhabe betrachtet, ist die Zusammenarbeit mit den Eltern in den Bildungseinrichtungen besonders dazu geeignet, diese aufgrund ihrer persönlichen Betroffenheit zur Beteiligung zu motivieren und z.B. an die Gremienarbeit heranzuführen.

Mit Blick auf die 3./4. Generation der Zugewanderten, die sich ganz anders entwickeln würde als ihre Elterngeneration, wurde angemerkt, dass es - auch angesichts der aktuellen Veränderungen in der Türkei - keine schnellen Lösungen geben kann, zumal hier Defizite und Versäumnisse aus den vergangenen 20-30 Jahren zum Tragen kämen.

Die Workshop-Teilnehmenden waren sich einig, dass das Verständnis von Demokratie in der Schule gelehrt und vorgelebt werden müsse und dass die hiesige Rechtsordnung ein so hohes Gut sei, das nicht verhandelbar ist.

Vor diesem Hintergrund stellte die Gruppe dann Überlegungen darüber an, ob es so etwas wie eine **gemeinsame Haltung** oder „Botschaft“ gäbe, eine auf das Ziel gerichtete Grundhaltung als Grundlage, auf die sich alle Diskutanten einigen können.

In diesem Zusammenhang sei besonders die **Identifikation mit der deutschen Gesellschaft und der bestehenden demokratischen Gesellschaftsordnung** von Bedeutung. Wer in Deutschland lebe, müsse, ohne Ausnahme, das Grundgesetz anerkennen. Die Einhaltung dieser Voraussetzung sei in der Vergangenheit versäumt worden, womit sich auch der Erfolg rechtsradikaler Parteien und Ideen erklären lasse.

Wichtig sei ein konsequentes Einhalten der Regeln, die für alle gelten. Dies beinhalte auch die verbindliche Teilnahme am Schulunterricht inklusive aller Aktivitäten. Religion sollte Privatsache sein und im öffentlichen Leben im Allgemeinen sowie in der Schule im Besonderen, keine Rolle spielen.

Da Kinder nach Halt und starken Vorbildern suchen würden, die sie in unserer Demokratie so nicht fänden, sei es wichtig, dass sich auch die Demokratie stark und wehrhaft zeigt, indem Konsequenzen folgen, wenn Gesetze und Regeln nicht eingehalten werden. Man müsse aber immer darauf achten, Integration nicht mit Assimilation zu verwechseln.

Bei der Frage nach **Identifikationsmöglichkeiten** für Kinder und Jugendliche wurde festgestellt, dass diese sich sehr wohl mit einer Gemeinschaft, in der sie leben, z.B. der Stadt, identifizieren.

**Lösungsansätze** aus dem Workshop infolge der Diskussionen:

- **Einsatz von Kulturdolmetschern/innen und Integrationslotsen:** Um die Zielgruppe für bestimmte Angebote zu erreichen, könnten Kulturdolmetscher/innen oder Integrationslotsen als Mittler eine konstruktive Rolle spielen. Daher sollten sie stärker miteinbezogen werden, um z.B. Eltern bestimmte Ängste zu nehmen, die zur Ablehnung des Kindergartenbesuchs oder Ablehnung eines Angebots führen. Aufgrund der Erfahrungswerte der Teilnehmer/innen setzen sich überwiegend die Frauen bzw. Mütter für die frühkindliche Bildung ein und sind offener gegenüber Veränderungen als Männer. Es könnte daher erfolgversprechender sein, wenn die

Mütter in diesem Zusammenhang als Zielgruppe stärker in Betracht gezogen und angesprochen werden.

- **Stärkung der Teilhabe von Frauen:** Der eingeschränkten Teilnahme der Frauen an Sprachkursen aufgrund der zeitlichen Organisation und konservativer Familienstrukturen kann auch im organisatorischen Bereich entgegen gewirkt werden, indem z.B. Sprachkurse mit Kinderbetreuung angeboten werden.
- Grundsätzlich gelte es, niedrighschwellige, kreative Lösungen für die unterschiedlichen Zielgruppen zu finden.
- Eine große Anzahl der Vertreter/innen der beteiligten Institutionen sprach sich für eine **Kindergartenpflicht** aus, sowie für die Einhaltung der Schulpflicht und eine Sprachlernpflicht auch für Erwachsene.
- Um die Schüler/innen stärker in die Schulgemeinschaft einzubinden, sind **ausreichend große Räumlichkeiten zur gemeinsamen Ansprache** von großer Bedeutung. Dies sollte bei allen Baumaßnahmen an Schulen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, bei den Bauplänen, die das öffentliche Interesse betreffen, wie z.B. für Räumlichkeiten in den Schulen oder Spielplätze im Stadtteil, die betroffenen Bevölkerungsgruppen und Institutionen zu beteiligen.
- Nach Auffassung einiger Vertreter der Politik spielen die Parteien für die Stärkung der Teilhabe von Neuzugewanderten an den **politischen Prozessen** eine bedeutende Rolle. Diese sei daher als Ansatz für die politischen Parteien wahrzunehmen und sich dafür einzusetzen.



Workshop 1

## Workshop 2: „Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe“

*Moderation: Beate Seusing*

Teilgenommen haben an dieser relativ großen Arbeitsgruppe Vertreter/innen von Institutionen, Organisationen und Unternehmen in Peine.

### **Einführende Thesen**

- **Gleichberechtigte Teilhabe ist die Voraussetzung für die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls und echte Identifikation.** Die Möglichkeit, vorhandene Angebote zu nutzen und sie mitzugestalten, besitzt eine große Integrationskraft. Sie bringt die Gesellschaft und die einzelnen Menschen zusammen. Sie begründet Stolz und Identifikation mit dem aus eigener Kraft Geleisteten. Das, woran ich selbst beteiligt war, ist auch meins, wenn meine Ideen oder meine Tatkraft einfließen konnten und wertgeschätzt wurden.
- **Die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe der Neuzugewanderten und länger in Peine lebenden Migranten/innen zu schaffen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe,** die nur durch die gemeinsame Verantwortung von Politik, Verwaltung, Institutionen, Organisationen, Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft gemeistert werden kann.

**Um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu sichern, ist ein verändertes Verständnis von Integration notwendig, das sich an folgenden Leitgedanken orientiert:**

- Ein weiter gefasster Integrationsbegriff bezieht sich auf alle Menschen und Gruppen unserer Gesellschaft.
- Er ist nicht auf kulturelle und religiöse Aspekte des Zusammenlebens begrenzt.
- Integration in „die“ Gesellschaft gibt es nicht. Moderne Gesellschaften sind vielfältig differenziert in unterschiedliche Lebensbereiche, Bevölkerungsgruppen und Milieus.
- Die Institutionen einer Einwanderungsgesellschaft müssen sich der ethnischen, sozialen und kulturellen Vielfalt der Bevölkerung anpassen und Zugangswege schaffen.

- Rassistisches Denken und Handeln sind aufzudecken und zu bekämpfen.
- Das Ziel der Integrationspolitik ist der Abbau sozialer Ungleichheiten und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

Teilhabemöglichkeiten, die diesem Leitgedanken folgen, tragen ganz wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dabei geht es nicht ausschließlich um Teilhabe an Sprachkursen oder an Berufsarbeit, sondern um Teilhabe an allen Lebensbereichen: gemeinsames Musizieren, politischen Diskussionen, organisierte Begegnungsmöglichkeiten, Nachbarschaftshilfe, Sport oder ehrenamtliches Engagement.

**Ziel des Workshops** war, einen Überblick über die bereits vorhandenen Angebote und Maßnahmen für eine gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe in den Bereichen

- Bildung, Ausbildung / Beruf
- Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement
- Kultur, Musik, Sport und politische Teilhabe

zu gewinnen, um die Ergebnisse der Bestandsaufnahme anschließend auf ihre Vollständigkeit, „Zielgruppenerreichung“ und Wirksamkeit hin zu betrachten. Die erste Frage lautete also:

**Mit welchen Maßnahmen und Angeboten fördern Sie – die Institution, Organisation, als deren Vertreter/in Sie heute hier sind - die Identifikation und die Zugehörigkeit mit der Stadt und der Gesellschaft in Peine?**

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich nicht nur die Frage nach Angeboten, sondern auch nach Maßnahmen, z.B. der interkulturellen Öffnung von Institutionen, Organisationen und Betrieben. In welcher Form stellen Sie sich auf unterschiedliche Neuzugewanderte und länger in Peine lebende Migrant\*innen ein? Insbesondere die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen ist hier ein zentrales Thema.

Auch für diejenigen, die Sie sich in Peine gut auskennen, wird es überraschend sein, wie viele Aktivitäten es bereits gibt.

Im zweiten Schritt werden wir über die Angebote und Maßnahmen diskutieren:

**Was wird gut angenommen? Und mit welchen Aktivitäten/Maßnahmen werden die gewünschten Wirkungen - Förderung der Identifikation und der Zugehörigkeit von Zuwanderern/innen - erzielt?**

Welche Angebote erreichen die Ziele oder die Zielgruppe nicht und welche Gründe können dafür vermutet werden? Wo gibt es möglicherweise Lücken? Was sind die Ursachen dafür?

Wie können die Dinge, die nicht gelingen, verbessert werden? Wie können Lücken gefüllt werden? Wo würde es Sinn machen, Angebote zu vernetzen bzw. zu koordinieren? Wer kann/will weitere Angebote entwickeln?

Am Schluss stehen dann die Fragen,

- ob das mit den vorhandenen Strukturen und Ressourcen erreicht werden kann und
- von welcher Seite und wofür Sie dabei Unterstützung benötigen, ob und wie z.B. die Kommune Sie ggf. dabei unterstützen kann.

## **Ergebnisse des Workshops**

Die im Workshop zur Verfügung stehende Zeit wurde für einen intensiven Austausch über vorhandene Angebote in Peine genutzt. Vorausgeschickt werden soll, dass die Zusammensetzung der Teilnehmenden sowie die thematische Ausrichtung der Veranstaltung insgesamt ebenso wie die der Diskussion im Workshop das Ergebnis sicherlich beeinflusst haben. Bei der vorliegenden Bestandsaufnahme handelt es sich folglich nicht um eine vollständige Erhebung aller vorhandenen Teilhabeangebote für Neuzugewanderte und in Peine lebenden Migranten/innen, die stärker an die Angebote herangeführt werden sollen, sondern nur um einen – wenn auch großen – Ausschnitt.

Die Zusammenschau zeigt folgende Ergebnisse:

- Der Bildungsbereich ist derjenige Bereich, für den im Workshop die meisten Nennungen gemacht wurden. Für Neuzugewanderte und länger in Peine lebende Migranten/innen gibt es im Bildungsbereich eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache für verschiedene Zielgruppen und bei verschiedenen Trägern. Darüber hinaus werden Angebote gemacht, die Alltagswissen vermitteln. In den Bildungsbereich fallen aber auch Orientierungsmaßnahmen, wie Infoveranstaltungen für und Vermittlungsangebote in Bildungsmaßnahmen. Des Weiteren gibt es konkrete Einzelfallhilfe bei Sprachproblemen mit Behörden, Angebote zur sprachlichen Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen etc.  
Für Mitarbeiter/innen in Bildungsinstitutionen sowie für ehrenamtlich Aktive werden Fortbildungsveranstaltungen und Supervisionsangebote zum Umgang mit geflüchteten Menschen und zu Fragen, die mit der Aufenthaltssituation Geflüchteter zusammenhängen, angeboten. Allerdings entstand der Eindruck, dass insbesondere

die Supervisionsangebote für Ehrenamtliche noch ausgebaut werden sollten, da viele nach zwei Jahren intensiver Begleitung dringend der Entlastung bedürfen.

Die Mehrzahl der Bildungsangebote richtet sich an einzelne Zielgruppen. Sie tragen also nicht zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im unmittelbaren Sinne bei. Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, ob die Sprachlernangebote für die jeweiligen Zielgruppen aufeinander aufbauen bzw. wie die Übergänge von einer Sprachlernmaßnahme in die andere gestaltet werden.

- Im Bereich Ausbildung/Beruf sind vor allem JC und Arbeitsagentur mit ihren verschiedenen Stellen und Vermittlungsangeboten vertreten. Die Diskussion machte deutlich, dass insbesondere am Übergang in eine berufliche Tätigkeit auch in Peine hohe Hürden bestehen. Es mangelt an Praktikumsplätzen, die ja häufig einen ersten Schritt in die deutsche Arbeitswelt bedeuten. Und es fehlt an Kontakten zwischen Ehrenamtlichen und potenziellen Arbeitgebern von Neuzugewanderten, die ja die offiziellen Hürden ebenso wie Vorbehalte und Befürchtungen gegenüber der Beschäftigung Geflüchteter absenken könnten.
- Interkulturelle Begegnungen – und damit tatsächliche Teilhabe – ermöglichen Angebote aus dem Ehrenamt heraus, ebenso wie im kulturellen Bereich, in der Musik und im Sport. Im Bereich Kultur wurden einige Projekte bzw. Aktivitäten genannt, die Gemeinsamkeit und gegenseitige Wertschätzung der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe der Teilnehmenden aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen. Darüber hinaus kann hier punktuell eine neue Gemeinsamkeit entstehen.
- Angebote der politischen Bildung wurden kaum genannt, obwohl die Notwendigkeit, gemeinsame Werte zu haben und zu leben, mehrfach thematisiert wurde.

Weiterhin zeigte die Diskussion, dass

- Kitas eine wichtige Rolle bei der Alltagsintegration und bei der Information, Orientierung und konkreten Unterstützung zugewanderter Eltern einnehmen. Hierfür benötigen sie mehr Ressourcen und Unterstützung durch die Träger und/oder Kommune (z.B. Rucksack Kita).
- da, wo Vernetzung vorhanden ist und gepflegt wird – wie z.B. in der Peiner Südstadt – sie auch zur Zusammenarbeit verschiedener Träger führt.
- wenige Angebote genannt wurden, die sich speziell an zugewanderte Frauen wenden und ihrer Lebenslage gerecht werden.

- nur ein geringer Teil der Angebote/Aktivitäten zur Förderung der Teilhabe so konzipiert sind, dass sie verschiedene Bevölkerungsgruppen beteiligen. Viele Angebote sind ausschließlich für eine spezielle Gruppe konzipiert.
- Übergänge von einem Bereich in den nächsten immer eine besondere Hürde bilden. Um sie gut zu gestalten – sei es der Übergang von einem Sprachlernangebot zum nächsten, sei es der Übergang von der Kita in die Schule oder von der Grundschule in die weiterführende Schule, sei es am Übergang in den Arbeitsmarkt – bedarf es intensiver Begleitung, Information, Beratung und auch Vernetzung der verschiedenen beteiligten Institutionen und Akteure/innen. Hier wurde ein konkreter Entwicklungsbedarf aus dem Workshop formuliert.
- stadtteil- bzw. sozialraumbezogene Begegnungs- und Kontaktangebote noch weiter ausgebaut werden können. Sprachcafés oder Stadteiltreffs wurden in der Diskussion wenige genannt. Die Verwurzelung im Stadtteil durch soziale Beziehungen spielt aber eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Zugehörigkeit und Teilhabe.

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme in diesem Workshop wünschten sich die Beteiligten eine weitere Veranstaltung, in der die weiteren Fragestellungen und Angebotslücken bearbeitet werden.

Die Diskussionen und Austausch schafften hier große Transparenz über bestehende Angebote und Vernetzung, was dem Wunsch der Workshop-Beteiligten entsprach.



Workshop 2

## Workshop 3: „Stärkung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“

*Moderation: Silke Tödter*

Teilgenommen haben Vertreter/innen aus unterschiedlichen Bereichen, wie Bildung, Politik, Kultur und Unternehmen.

### **Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter**

In dem dritten Workshop handelte es sich um das strategische Ziel „Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter“ als eine Querschnittsaufgabe in allen Handlungsfeldern. Um die Stärkung der Gleichberechtigung von Frauen durch die bessere Qualifizierung und Ausbildung von Frauen, die Beschäftigung in qualifizierten Tätigkeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zu erreichen und darüber hinaus die erkämpften Fortschritte der Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu bewahren und weiterzuentwickeln, sollte über die vorhandenen Maßnahmen und Möglichkeiten, um diese Ziele zu erreichen, diskutiert werden.

In diesem Zusammenhang war es wichtig, die Angebote, die sich an Frauen richten bzw. überwiegend von Frauen wahrgenommen werden, zu überprüfen. Dabei sollte herausgefunden werden, inwieweit Frauen durch die Nutzung dieser Angebote gestärkt werden und ob diese Angebote auch tatsächlich zur Gleichstellung beitragen.

### **Input der Moderation**

Ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männer zu erreichen, ist Ziel von Politik, Verwaltung und allen öffentlichen Einrichtungen. Es zu verteidigen und weiter zu entwickeln ist Verfassungsauftrag und ein wichtiges Anliegen der öffentlichen Einrichtungen und der Bevölkerung. Die Kommunen stehen durch die Aufgabe der Integration vor einer großen Herausforderung, aber auch vor der Möglichkeit einer Neuorientierung: Welche Schritte müssen gegangen werden, was muss unternommen werden, welche Richtung gewählt werden, um letztlich gemeinsam zukunftsfähig zu bleiben?

- Wie sieht es mit dem Thema Gleichberechtigung der Geschlechter, auch unter dem Aspekt Migration, in Ihrem beruflichen Kontext aus?
- Findet das Thema Eingang in Ihre Maßnahmen und Projekte? Wie?

- Haben Sie spezielle Maßnahmen/Projekte zu diesem Thema? Braucht es ggf. neue Konzepte zu Gender und Migration?
- Wie werden Frauen durch diese Maßnahmen gestärkt?
- Was brauchen Sie an Unterstützung von außen (z.B. Schulungen zu interkultureller Kompetenz mit Genderblick oder bei der Finanzierung von Projekten)?
- Was kann die Politik tun?

## **Diskussionsverlauf**

Bereits während der Vorstellungsrunde wurden die Unterschiede zwischen Gemeinschaften bzw. Familienstrukturen, die kollektiv funktionieren und kollektiv handeln, und Gemeinschaften, die individualistisch strukturiert sind bzw. individuell handeln, angesprochen. In diesem Zusammenhang sei die unterschiedliche Bedeutung der Familie und die Rolle der männlichen Entscheidungsmacht innerhalb der Familie ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal. Daraus resultiere in kollektiv strukturierten Gemeinschaften dementsprechend das Rollenverständnis von Männern und Frauen. Da die Zugewanderten nicht eine einheitliche homogene Gruppe darstellen, sondern aus unterschiedlichen Bildungsschichten, Ländern und Gesellschaften kommen, sollten die Zielgruppen differenziert betrachtet werden und dementsprechend passende Maßnahmen und Angebote erhalten.

Im weiteren Verlauf wurde von Vertretern/innen der Bildungsinstitutionen von gelegentlichen Problemen mit männlichen Jugendlichen und ihrem Auftreten weiblichen Personen gegenüber berichtet.

Da viele geflüchtete Menschen mit ihren Fluchterlebnissen, der Sorge über den Verbleib von Familienmitgliedern und der teilweise unsicheren Bleibeperspektive zurechtkommen müssen, benötigen sie ausreichend Zeit und Gelegenheiten, erstmal anzukommen und die Rechte, Normen und Werte in Deutschland, wie die Gleichstellung von Frau und Mann, kennen zu lernen. Hier stellte sich die Frage, wie dieser Prozess unterstützt werden kann und welche Angebote dafür notwendig sind.

Es gab einen Konsens darüber, dass grundgesetzlich verankerte Rechte, wie die Gleichstellung von Mann und Frau, nicht verhandelbar sind, aber Orientierungshilfen gegeben werden müssen. Es ist notwendig, am Anfang des Migrationsprozesses verstärkt Orientierung und Begleitung anzubieten. Des Weiteren sollte aber auch eine eigene klare Haltung erarbeitet werden, die wertschätzend ist und eigene Grenzen respektiert. Konflikte auszuhalten und die eigene Konfliktfähigkeit zu stärken, sollte erlernt werden.

Dazu werden Fortbildungen in interkultureller Kompetenz mit Genderblick für die Mitarbeiter/innen sowie entsprechende Bildungsangebote für Schüler/innen benötigt.

### **Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen unterschiedlicher Institutionen**

Die Frage, welche Unterstützung von außen benötigt wird, um dem Thema auch in der eigenen Einrichtung gerecht zu werden, war für die Teilnehmenden ebenfalls wichtig. Im Hinblick auf die Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen sind folgende Punkte von Bedeutung:

- Kenntnisse der Strategien zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming;
- Fähigkeit zur Berücksichtigung und Umsetzung gendersensibler und gendergerechter Ansätze;
- Auseinandersetzung mit Kompetenzen und Potentialen, die im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Sozialisation stehen;
- Hinterfragung der eigenen gesellschaftlichen Rolle;
- Haltung gegenüber dem anderen Geschlecht;
- unterschiedliche Werte- und Normenvorstellung;
- Wahrnehmung von Stereotypen von Frauen und Männern;
- Wahrnehmung von Stereotypen von Einwohnern/innen und Eingewanderten.

### **Geeignete Maßnahmen, Empfehlungen und Vorschläge**

- Ausbildung von Kulturdolmetschern/innen mit Genderblick;
- Bessere Kooperation zwischen Hilfeinrichtungen und Behörden;
- Geschlechtergetrennte Projekte;
- Im Bereich Gleichstellung Projektangebote für Jungen und Männer;
- Patenschafts-Modelle, erfolgreiche Projekte, wie das Patenschafts-Modell an der BBS, könnten auf weitere Bereiche erweitert werden.
- Die Notwendigkeit von mehr Fortbildungsangeboten zum Thema interkulturelle Kompetenz, auch mit Blick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter, war ein wichtiges Diskussionsthema.
- Als erforderlich wurde u.a. Fachwissen über die unterschiedlichen kulturellen Kontexte verschiedener Bevölkerungsgruppen in Deutschland erachtet.

- Einigkeit bestand darüber, dass Kitakinder oder Schüler/innen Angebote zur interkulturellen Kompetenz benötigen, um sich besser zu verstehen sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten festzustellen.

Darüber hinaus empfahlen die Experten/innen zur Unterstützung der Fachkräfte in den verschiedenen Institutionen die Implementierung von Projekten, die das Thema entsprechend aufgreifen, wie zum Beispiel das Patenschaftsprojekt „Balu und Du“ oder das „Rucksackprojekt“ auch für Grundschulkindern.

Um das Thema „Frauen- und Männerrolle“ aufzugreifen, war das vorgestellte „Heros Projekt“, das sich an arabische und türkische junge Männer richtet, sehr überzeugend.

Des Weiteren empfahlen die Teilnehmer/innen „mehr Migrantinnen in Führungspositionen“, um die Teilhabe und politische Partizipation von Migranten/innen zu stärken.



*Workshop 3*

## Vorstellung der Ergebnisse aus den Workshops und Diskussion mit allen Beteiligten

*Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, Vorsitzender des Hauses der Religionen – Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung e.V.*

Nach der Workshop-Phase fanden sich alle Teilnehmer/innen der Tagung wieder im großen Saal ein, um die Ergebnisse der jeweiligen Workshops vorzustellen. Die jeweils verantwortliche Moderatorin gemeinsam mit ihrem Team stellten die im Workshop erarbeiteten Themen an den Stellwänden vor. Anschließend fand die Diskussion mit allen Beteiligten statt.

### **Ergebnisse aus Workshop 1: Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und Demokratiebildung**

Die Moderatorin Petra Gargiso stellte gemeinsam mit zwei weiteren Vertretern zunächst die Ergebnisse, Empfehlungen und Vorschläge aus dem Workshop vor.

Die Beteiligten an diesem Workshop befassten sich überwiegend mit den strukturellen Defiziten, die der Umsetzung des strategischen Ziels entgegenstehen und weniger mit den vorhandenen Angeboten. Die Sprache als Grundlage für Demokratieverständnis war in diesem Zusammenhang ein Hauptgegenstand der Diskussion. Ohne richtige Sprachförderung sei Demokratiebildung und die Stärkung der Bürgerrechte nicht möglich.

Bisher erhielten Neuzugewanderte, sowohl Jugendliche als auch Erwachsene, nicht die nötige Förderung bei der Vermittlung der deutschen Sprache. In Bezug auf Jugendliche gebe es an den Schulen grundsätzlich zu wenig Sprachlernklassen und Deutschlehrer/innen. Neueingewanderte Schüler/innen würden schnell, nach einem Jahr in der Sprachlernklasse, vollständig in den Regelunterricht eingegliedert, wo für sie keine weitere Sprachförderung stattfinde. Sie blieben daher lange auf einem Sprachniveau hängen. Dadurch gingen besonders jugendliche Geflüchtete, die in der 8.-10. Klasse in Deutschland an die Schule kommen „verloren“, da sie es in der kurzen Zeit, die ihnen an der Schule bleibt, nicht schaffen könnten, die deutsche Sprache so gut zu lernen, dass sie damit einen Berufschulabschluss erreichen.

Auch erwachsene Neueingewanderte erhielten nach dem verpflichtenden Sprachkurs bis A1/A2 keine weitere Möglichkeit der Sprachförderung, die für weitere Qualifizierungsmaßnahmen grundlegend und notwendig sei. Darüber hinaus gebe es zu wenig

Sprachlernangebote für Erwachsene. Für Neuzugewanderte sei es dadurch ungleich schwieriger, sich am politischen Leben zu beteiligen.

Ein Vorschlag war die Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten zur politischen Teilhabe für die Neuzugewanderten. So könnten bei neuen Vorhaben im Stadtteil, z.B. bei Entscheidungen über Spielplatzbau oder Wohnungsbau, Neuzugewanderte im gemeinsamen Handeln mit den Bürger/innen in der Praxis an die Beteiligung herangeführt werden.



Arbeitsergebnisse Workshop 1

Um so früh wie möglich die Grundlagen für Sprache und Kultur zu legen, wurde in diesem Workshop die Einführung einer Kita-Pflicht als Möglichkeit vorgeschlagen.

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum war die Forderung nach einer Kita-Pflicht und die Empfehlung aus dem Workshop nach einer Pflicht zur Teilnahme an Schulaktivitäten Gegenstand kritischer Debatte. Dabei wurde die Umsetzbarkeit dieser Empfehlungen infrage gestellt, da diese nicht mit Zwangsmitteln zu erreichen sei. Weiter hieß es, die Teilnahme an Angeboten sei häufig keine Frage des Wollens oder Nicht-Wollens, sondern habe andere Hintergründe. In diesem Zusammenhang seien z.B. Flüchtlinge in bestimmten Fällen aufgrund erlittener Traumata nicht in der Verfassung, an den Kursen und Programmen, die angeboten

werden, teilzunehmen. Hier bedürfe es individueller Begegnung der Menschen, um die Voraussetzungen für die Teilnahme an unterschiedlichen Angeboten zu schaffen. Wenn notwendig, sollte ihnen therapeutische Behandlung ermöglicht werden. Die Menschenrechte müssten hier als ein wichtiges Kriterium beachtet werden.

Religionsfreiheit und die Rolle von Religion im Schulsystem waren ein weiteres Thema, das kontrovers diskutiert wurde. Während im Workshop die vorherrschende Meinung Religion als Privatsache ansah, die in unserem Schulsystem keine Rolle spielen sollte, wurde im Plenum ein kategorischer Ausschluss von Religion kritisiert. Da Religion eine wichtige Rolle bei der Wertevermittlung spiele, solle man sie nicht ignorieren, sondern lieber als Möglichkeit sehen. Für den Ausschluss der Religion aus dem Schulsystem war die eingeschränkte Teilnahme der Kinder an Schulaktivitäten wie Klassenfahrten und Sportunterricht ein weiteres Argument, da die Eltern diese vielfach unter Bezug auf religiöse Gründe ablehnen.

## **Ergebnisse aus Workshop 2: Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe**

Den sehr gut besetzten Workshop „Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe“ moderierte Beate Seusing.

Die Sammlung und Vorstellung von bestehenden Angeboten und Projekten durch die Teilnehmer/innen des Workshops zeigte auf, dass in Peine bereits viel angeboten wird, um Identifikation und Zugehörigkeit zu fördern.

- Viele Angebote wurden besonders im Bildungsbereich bzw. zum Thema Ausbildung und Beruf genannt.
- Es gebe auch viele Sport- und Musikangebote, durch die eine gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten gefördert wird.
- Relativ wenige Angebote wurden hingegen in der politischen Bildung sowie im Kulturbereich genannt.
- Auch zur Förderung der Gleichstellung von Frauen seien nur wenige Angebote vorhanden. Des Weiteren werde nur selten versucht, Frauen gezielt zu erreichen. Unklar sei, ob die diesbezüglich vorhandenen Angebote überhaupt „funktionieren“.
- Großen Bedarf stellten die Teilnehmenden bei der Unterstützung von Zugewanderten in Übergangsphasen fest, z.B. beim Wohnungs-, Schul- oder Berufswechsel. Dabei

fehle es an Akteuren/innen, die an der Basis tätig sind, also z.B. in die Familien gehen, beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen helfen, Abläufe erklären usw.

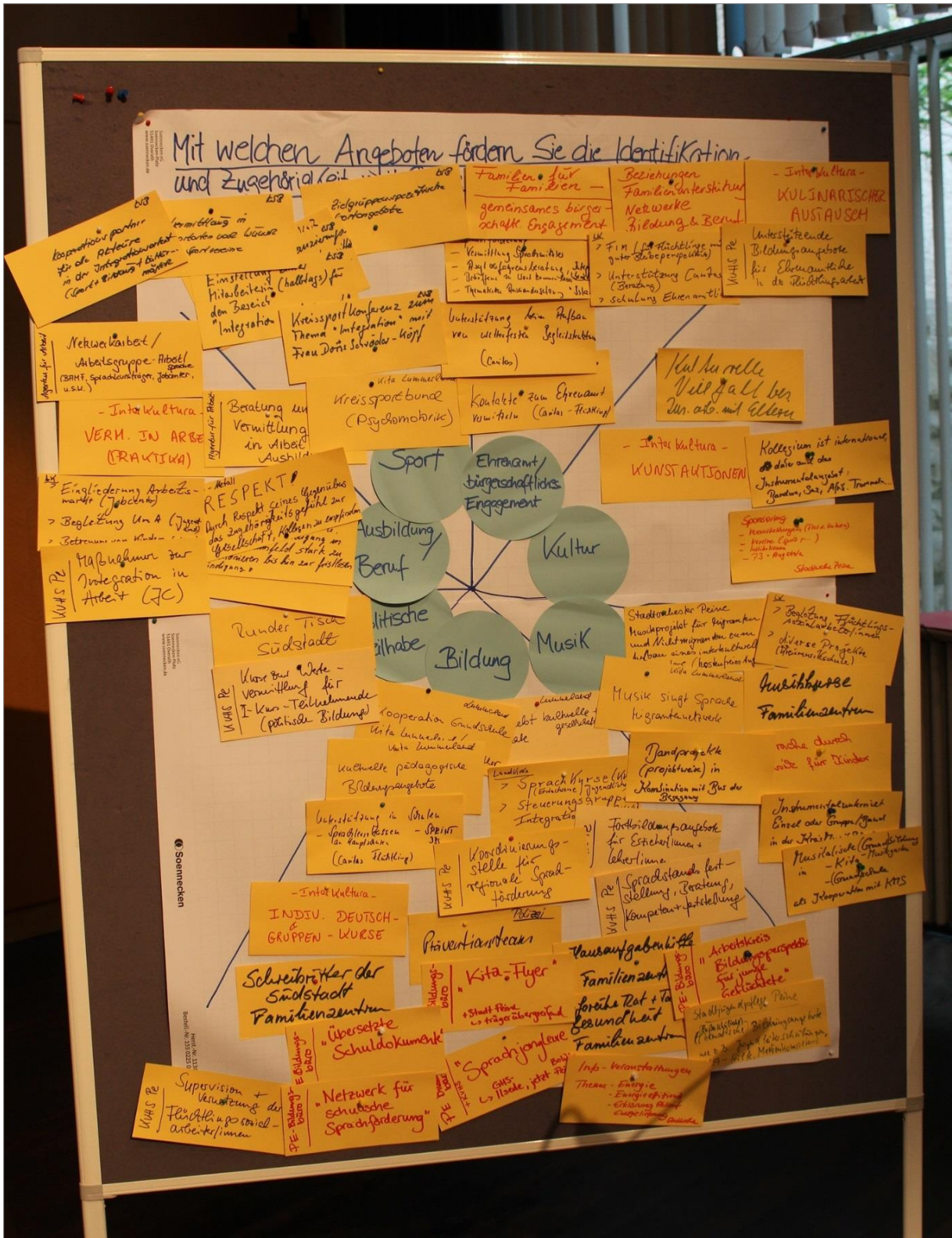
- Es gebe viele gute Angebote, um die Zugehörigkeit und Identifikation bei Zugewanderten zu fördern. Es fehle jedoch die Zeit, um Strategien zu entwickeln, wie sich noch bestehende Lücken in den Peiner Angeboten schließen lassen.
- Die Teilnehmer/innen wünschten sich dafür einen weiteren Workshop.

Frau Seusing wies darauf hin, dass sich viele der Angebote bislang nur an eine bestimmte Zielgruppe richten würden. Für die Förderung eines Zugehörigkeitsgefühls zu Peine empfehle es sich, Angebote für verschiedene Zielgruppen zu öffnen, damit die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zusammenkommen und dadurch zusammenwachsen können.

Die Diskussion im Plenum ergab, dass es bereits eine gute Kooperation der unterschiedlichen Akteure/innen gibt, diese aber in Zukunft intensiviert und transparent gestaltet werden sollte.



Arbeitsergebnisse Workshop 2



Arbeitsergebnisse Workshop 2

## Ergebnisse aus Workshop 3 „Stärkung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“

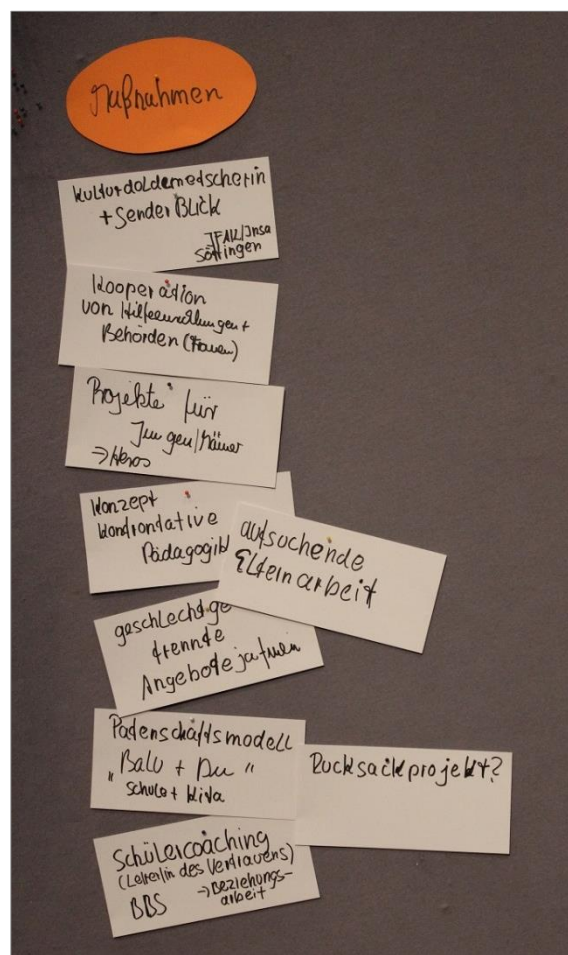
Die Moderatorin Silke Tödter fasste die Ergebnisse des Workshops dahingehend zusammen, dass es in Peine viele Maßnahmen gibt, die zwar nicht speziell auf die Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet sind, deren Wirkung aber gut ausgebaut werden könnte.

Eine weitere Feststellung war, dass sich die Gesellschaft in einer Phase der definierten Standortbestimmung und Übergangszeit befinde. Neben Orientierung und Begleitung müssten Haltung und Wertschätzung, auch in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter, beim Umgang und in der Arbeit mit Geflüchteten gefordert werden.

In Bezug auf Zugewanderte brauche es vor allem eine gute Begleitung und Unterstützung. Gerade nach der Anfangszeit und der Regelung von Alltagsfragen sei eine Phase der Orientierung und Begleitung zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit besonders wichtig.

Folgende Maßnahmen zur Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter wurden vorgestellt:

- Verwaltungen und Wohlfahrtsverbände müssten sich interkulturell öffnen und dies auch nach außen sichtbar machen. Um dies zu erreichen, empfehlen sich z.B. Mentoring-Programme für Frauen in Führungspositionen.
- Lehrkräfte und Schüler/innen sollten in interkultureller Kompetenz geschult werden.
- An den Schulen sollten Kulturdolmetschern/innen mit Berücksichtigung von Gleichstellungskriterien bzw. Genderaspekten implementiert werden.
- Bessere Kooperationen zwischen Hilfseinrichtungen, um zugewanderte Frauen zu erreichen.

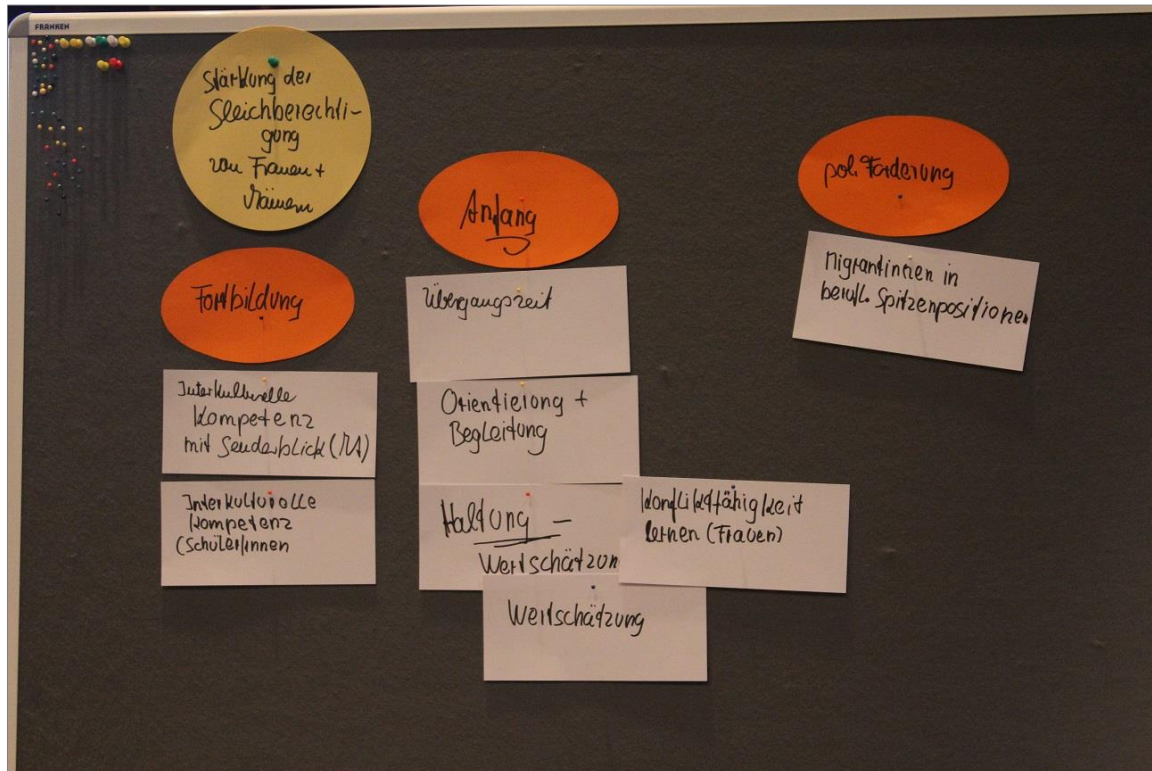


Arbeitsergebnisse Workshop 3

- Ausbildung von jungen Männer zu Multiplikatoren, die z.B. in den Schulen die Haltung „Wir respektieren Frauen“ vertreten (nach dem Vorbild „Heroes“).
- Konzepte zur Konfrontativen Pädagogik (vgl. z.B. Ahmet Toprak von der Fachhochschule Dortmund).
- Rucksackprojekt und „Balu und Du“

Nach den Erfahrungswerten der Teilnehmer/innen in der Plenumsdiskussion integrieren sich neueingewanderte Frauen leichter als Männer. Da sich durch Migration die bestehenden Rollen von Männern und Frauen und damit die Familienstrukturen verändern können, sollten bei der Konzeption von Programmen und Maßnahmen für Frauen immer auch die Ehemänner und ihre Rollen als ein Kriterium miteinbezogen werden.

Der Kreissportbund Peine beschäftigt im Rahmen des Programms „BFD welcome“ einen männlichen Flüchtling, der für den Kreissportbund Trainings durchführt und dem im Gegenzug die Teilnahme an Sprach- und Politikkursen ermöglicht wird. Der anwesende Vertreter des Kreissportbundes machte das Angebot, in gleicher Form auch eine Frau einzustellen, wenn dafür eine geeignete Kandidatin gefunden wird.



Arbeitsergebnisse Workshop 3

Nach den Diskussionen im Plenum zu den jeweiligen Workshop-Ergebnissen griff Prof. Dr. Reinbold, der für die Gesamtmoderation zuständig war, noch einmal das erste strategische Ziel, die Rolle und Stellung der Verfassung für die Einbindung in eine Wertegemeinschaft, auf.

Dabei stellte er die Frage in den Raum, ob es nicht wichtig wäre, dass wir selbst uns erst einmal der Werte in der Verfassung stärker bewusst werden und sie verteidigen bzw. ob die Verfassung höher geschätzt werden sollte, als dies in den letzten Jahren der Fall gewesen sei.

Die überwiegende Meinung im Plenum unterstützte in diesem Zusammenhang die Idee der Einigung auf die in der Verfassung verankerten Werte und verstand diese als Grundlage unseres Zusammenlebens. Betont wurde dabei in der Plenumsdiskussion die Bedeutung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wie am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis. Diejenigen, die stärker eingebunden sind, können sich auch leichter mit der Verfassung und den darin verankerten Werten identifizieren.

Zusammenfassend bestand unter allen Anwesenden Einigkeit darin, dass Transparenz und Vernetzung durch diese gelungene Veranstaltung erreicht wurden. Für die nächsten Jahre wünschten sie sich weitere Planungen für die Zusammenarbeit und Vernetzung der Akteure/innen und Institutionen.

## Schlusswort der Beauftragten für Gleichstellung, Familie und Integration der Stadt Peine

Integration ist ein Prozess, der niemals abgeschlossen ist, da dieser Prozess stark von der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Grad der Identifikation der Menschen mit ihrer Gesellschaft abhängig ist.

In diesem Zusammenhang wollten wir heute auf unserer Tagung gemeinsam mit Ihnen Transparenz herstellen, vernetzen, Perspektiven eröffnen und Schwerpunkte setzen. Wir haben damit die ersten Schritte getan, um eine Grundlage für unsere weitere Arbeit zu schaffen.

Es war wichtig, heute zunächst die Verbindlichkeit herzustellen. Die Ergebnisse von heute werden wir auswerten und in einer Dokumentation festhalten. Auf Grundlage dieser Dokumentation werden wir anschließend einen Kompass für unsere weitere Zusammenarbeit entwickeln.

Für heute bedanken wir uns für Ihre Mitwirkung, Ihre Beteiligung an den Diskussionen und den Workshops, und für die Zukunft wünschen wir uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.



*Bürgermeister Klaus Saemann, Beauftragte für Gleichstellung, Familie und Integration Banafsheh Nourkhiz und Moderator Prof. Dr. Wolfgang Reinbold (v.l.)*

Der Bürgermeister



Die Beauftragte für  
Gleichstellung, Familie  
und Integration

Peine, 22. Juni 2017

**Einladung zum Runden Tisch Integration der Stadt Peine**

Gestaltung des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in der Stadt Peine mit  
Beteiligung der Stadtgesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Zuwanderung von Flüchtlingen seit dem Frühjahr 2015 hat das Thema Integration eine neue Dimension und Dringlichkeit bekommen. Die Kommunen und ihre Institutionen wurden mit neuen Aufgaben konfrontiert. Neben den bestehenden Organisationen und Einrichtungen in Peine, die sich bereits seit vielen Jahren mit dem Thema beschäftigen, war eine große Bereitschaft und starkes Engagement seitens der Bevölkerung zu beobachten. Neue Vereine und Initiativen haben sich gegründet und für die Flüchtlinge eingesetzt. Auch die Handlungsfelder der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe haben sich insgesamt durch Zuzug weiterer ethnischer Bevölkerungsgruppen in Peine verändert und ausgeweitet.

Nun stehen wir zum einen vor der Aufgabe, die Teilhabemöglichkeiten der länger in Peine lebenden Zugewanderten zu stärken, zum anderen gezielte Maßnahmen für Integration der Neueingewanderten zu realisieren und darüber hinaus das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben weiterzuentwickeln.

Wo stehen wir heute? Welche Aktivitäten sind in unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Qualifizierung, Kultur, Sport usw. vorhanden und inwieweit können diese zur Stärkung der Teilhabe, Gleichberechtigung und Demokratiebildung führen? Welche Möglichkeiten haben wir und wie können wir unsere Möglichkeiten effizienter nutzen und weiterentwickeln?

Wir laden Sie herzlich ein, sich gemeinsam mit uns

**am Donnerstag, 17. August 2017 um 17:00 Uhr im Forum der Stadt Peine**

mit diesen Fragen auseinander zu setzen und Transparenz über die aktuelle Situation herzustellen. Bedarfe, zu denen es aktuell keine Angebote gibt, sollen aufgedeckt und Strategien zur Schließung dieser Lücken gemeinsam diskutiert werden.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme

Klaus Saemann  
Bürgermeister der Stadt Peine

Banafsheh Nourkhiz  
Beauftragte für Gleichstellung, Familie  
und Integration der Stadt Peine

Der Bürgermeister



Die Beauftragte für  
Gleichstellung, Familie  
und Integration

## Programm zum Runden Tisch Integration der Stadt Peine

**Gestaltung des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in der Stadt Peine  
mit Beteiligung der Stadtgesellschaft**

Veranstaltung am 17. August 2017, 17:00-20:30 Uhr, im Forum der Stadt Peine

16:30 Uhr Einlass

17:00 Uhr **Begrüßung:** Klaus Saemann, Bürgermeister der Stadt Peine  
**Einführung und Präsentation der strategischen Ziele:**  
Banafsheh Nourkhiz, Beauftragte für Gleichstellung, Familie und  
Integration der Stadt Peine

17:30 Uhr **Workshops**  
1: Stärkung der Bürgerrechte durch politische Bildung und  
Demokratiebildung  
2: Stärkung der gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Teilhabe  
3: Stärkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau

19:00 Uhr **Vorstellung der Ergebnisse aus den Workshops**  
**Diskussion mit allen Beteiligten**  
  
**Moderation:** Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, Vorsitzender des Hauses der  
Religionen – Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung e.V.

20:30 Uhr Imbiss und Austausch

Wir bitten um Anmeldung bis 10. August 2017 bei Frau El-Bira unter Nennung Ihres  
Workshop-Wunsches sowie der zweiten und dritten Wahl  
unter ☎ 05171 -49 348 oder ✉ [jennifer.el-bira@stadt-peine.de](mailto:jennifer.el-bira@stadt-peine.de)